

Parlamentarischer Abend: Brennpunkt Mindestlohn-Dokumentationspflichten

„Lust auf Unternehmertum schwindet“



„Politiker tauchen ab“:
Alwin Altrichter,
Sprecher des IHK-
Netzwerks Mittelstand
(rechts im Bild),
sprach Klartext mit
dem früheren Bundes-
verkehrsminister
Dr. Peter Ramsauer.
(Foto: privat)

Die Hilferufe der Mittelständler werden in Berlin nicht mehr gehört: Das moniert Alwin Altrichter, Sprecher des IHK-Netzwerks Mittelstand und Mitglied des Mittelstandsausschusses des Deutschen Industrie- und Handelskammertags (DIHK). Vor allem die mit dem Mindestlohngesetz einhergehenden Dokumentationspflichten sind ihm ein Dorn im Auge.

Die Folge: „Die Lust auf das Unternehmertum schwindet“, sagt der Geschäftsführer der KUHN oHG Feuerschutz Nachf. mit Sitz in Homberg/Efze. „Wobei sicherlich weitere Faktoren zu dieser Entwicklung beitragen.“

Vor Kurzem nutzte Altrichter die Gelegenheit, diesbezüglich während eines parlamentarischen Abends der DIHK-Arbeitsgemeinschaft Mittelstand in Berlin ein längeres Gespräch mit Dr. Peter Ramsauer, dem Vorsitzenden des Ausschusses für Wirtschaft und Energie des Deutschen Bundestags, zu führen. „Ich habe mich darüber beklagt, dass die verantwortlichen Politiker, die etwas ändern könnten, abtauchen und uns Mittelständlern nicht zuhören wollen“, berichtet Altrichter. Der CSU-Politiker habe ihm versichert, diese Thematik anzugehen. Zudem übergab der Sprecher des IHK-Netzwerks Mittelstand dem früheren Bundesminister eine Liste mit Wünschen für kleine und mittlere Unternehmen (siehe Info-Kasten).

Dass ein mittelständischer Betrieb im Hotelgewerbe mit circa 50 Beschäftigten aufgrund des Mindestlohngesetzes circa vier Stunden pro Woche mit Dokumentationspflichten der Arbeitszeit verbringen müsse, sei die eine Seite der Medaille. Die andere, dass das Vorgehen des Zolls bei der Überprüfung dieser Pflichten sich als eine Frage des Stils erweise. „Die Beamten kommen ohne Prüfung des Sachverhalts mit einer Truppe in Mannschaftsstärke in das Unternehmen und befragen die Mitarbeiter auch vor Kunden“, schildert der Netzwerksprecher die Erfahrungen, die ihm Mittel-

ständler aus der Region geschildert haben. „Ein solches Vorgehen stellt in einigen Fällen ein geschäftsschädigendes Verhalten dar, welches den Unternehmer kriminalisiert und unter Generalverdacht stellt.“

Kritik am Vorgehen des Zolls

So hätten Beamten zum Beispiel Mitarbeiter einer Firma befragt, wie die Verfahrensweise bei Schichtübergabe gehandhabt werde. Wahrheitsgemäß hätten die Angestellten geantwortet, dass die Kollegen der Folgeschicht immer fünf Minuten früher vor Ort seien, um zu übernehmen. Da diese fünf Minuten aber nicht in den vom Arbeitgeber geführten Zeitdokumentationen aufgetaucht seien, wurde

festgestellt, dass der Arbeitgeber die Dokumentationspflicht verletzt habe. Altrichter: „Die Konsequenz war ein drakonisches Bußgeld in Höhe von 10.000 Euro für den Arbeitgeber, der zwei Betriebe führt.“

Altrichter fordert, dass eine Überprüfung in dieser Form aufhören muss. Es sei in Ordnung und denkbar, dass jeder Betrieb regelmäßig mit der Lohnsteuerprüfung geprüft werde, „aber nicht mit einem solchen kriminalisierenden und überzogenen Aufwand“. Die gesamte mit dem Mindestlohn zusammenhängende Bürokratie müsse auf den Prüfstand gestellt werden.

Er hält fest: „Immer mehr wird die unternehmerische Entscheidungsfreiheit eingeschränkt und der Unternehmer mit unsinniger Bürokratie überzogen und fremdbestimmt.“ Im Koalitionsvertrag seien zum Beispiel verankert: die Berichtspflicht in Verbindung mit dem Entgeltgleichheitsgesetz, Eingriffe in die unternehmerische Entscheidungsfreiheit bei den Entgeltstrukturen, eine Antistressverordnung sowie das neue Arbeitsschutzgesetz. Die geplante Erbschaftssteuerreform wirke sich darüber hinaus negativ auf die Substanz der Unternehmen aus. Derweil eilten die Steuereinnahmen von Rekord zu Rekord.

Vor diesem Hintergrund würden fünfzig Prozent derjenigen, die sich eventuell als Unternehmer betätigen würden, davon absehen, weil sie aufgrund der vielen unüberschaubaren Vorschriften Angst vor dem Scheitern hätten. Altrichter: „Auf der Strecke bleibt die Zukunft der mittelständischen Wirtschaftsstruktur in Deutschland.“

Zum Abschluss des Gesprächs mit Ramsauer hakte Altrichter bezüglich der Finanzierung und des Weiterbaus der A 49 nach. Der Bundesverkehrsminister a.D. war der Meinung, dass das Projekt im Bundesverkehrswegeplan mit vordringlichem Bedarf verankert sei und folglich das Geld kommen müsse. Altrichter: „Hoffen wir das Beste.“ **WN**

Die Wunschliste für Dr. Peter Ramsauer

Alwin Altrichter hat Dr. Peter Ramsauer, dem Vorsitzenden des Ausschusses für Wirtschaft und Energie des Deutschen Bundestags und Bundesverkehrsminister a.D., folgende Wunschliste übergeben:

1. Die sofortige Abschreibung von geringwertigen Wirtschaftsgütern auf 1000 Euro erhöhen.
2. Zurück zur degressiven Abschreibung.
3. Aufbewahrungsfristen verkürzen und Bürokratie durch ein elektronisches Finanzamt abbauen.

4. Kostenbesteuerung zurückführen. Gewerbesteuer nur von erwirtschafteten Gewinnen.

5. Fachkräftebasis stärken durch das Halten von älteren Arbeitnehmern. Die abschlagsfreie Rente mit 63 war ein falsches Signal. Hierdurch hat der Mittelstand viele Fachkräfte verloren.

6. Den gesetzlichen Mindestlohn und die damit verbundene Dokumentationspflichten mittelstandsfreundlich und möglichst bürokratiefrei umsetzen. **WN**